

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses der
Stadt Lüdenscheid

am 06.04.2005

im Entwicklungs- und GründerCentrum, Karolinenstr. 8

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Ingo Diller SPD

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Gordan Dudas	SPD	
Ratsherr Oliver Fröhling	CDU	Vetretung für Ratsherrn Wakup bis 19:10 Uhr
Ratsfrau Christel Gabler	CDU	
Ratsfrau Christine Hohnsel	CDU	
Ratsherr Jens Holzrichter	FDP	
Ratsherr Kai Rodehüser	CDU	Vetretung für Ratsherrn Pietzner
Ratsherr Jürgen Sager	CDU	
Ratsfrau Elke Teipel	SPD	
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	
Herr Adolf Triffo	LL	Vertretung für Ratsherrn Bier- nadzki
Ratsherr Alfred Wilde	SPD	
Herr Otto Bodenheimer	Grüne	
Herr Friedrich-Wilhelm Lüttringhaus	CDU	
Herr Heinz-Rüdiger Ochel	CDU	

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht (Verkehrslenkung)

Herr Martin Kornau	FRL
Herr Jürgen Schmidt	FRL

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Ratsherr Marcus Kühnel	CDU	Vertretung für Ratsherrn Rodehü- ser bis 19:10 Uhr Vertretung für Ratsherrn Wakup ab 19:10 Uhr
Ratsherr Peter Oettinghaus	AfL	Vertretung für Herrn Richard Oet- tinghaus
Ratsherr Jürgen Thiel	FRL	

Gäste:

Herr Tan Göbenli	FRL	bis Ende der öffentlichen Sitzung
Frau Nuran Özdemir	FRL	bis Ende der öffentlichen Sitzung

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Stadtkämmerer Karl Heinz Blasweiler
Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen

Herr Frank Kuscmirtz
Herr Dieter Rotter
Herr Edgar Weinert
Herr Hans-Jürgen Badziura
Herr Mattias Bartmann
Herr Holger Busch
Herr Hans Hutya
Frau Sabine Ferber
Frau Katja Herrmann
Frau Gaby Krumme
Frau Yvonne Schubert

bis 17:40 Uhr
bis Ende der öffentlichen Sitzung

bis Ende der öffentlichen Sitzung

Schriftführer/in:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Peter Biernadzki	LL
Ratsherr Stefan Pietzner	CDU
Ratsherr Hansjürgen Wakup	CDU

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Richard Oettinghaus	AfL
--------------------------	-----

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:10 Uhr

1. Verpflichtung eines sachkundigen Bürgers

Der Vorsitzende liest dem sachkundigen Bürger, Herrn Adolf Triffo, die Verpflichtungsformel vor, der diese unter Erhebung von seinem Platz wiederholt.

2. Vortrag "Verkehrsunfallbekämpfung" durch Herrn Bruder

Herr Polizeihauptkommissar Bruder, Leiter des Verkehrsdienstes, stellt das Projekt: "Bekämpfung von Verkehrsunfällen mit Verletzten und Getöteten" gemäß Anlage 1 vor.

Ziel dieses Projektes solle sein, bis zum Jahr 2015 die Zahl der Verletzten und Getöteten durch Verkehrsunfälle zu halbieren. Als Bekämpfungskonzept sei u.a. die Erstellung eines Unfall-

lagebildes sowie die Auswertung der Unfallstellen mit Verletzten und Toten anhand der näheren Untersuchung von Unfallstellen vorgesehen. Auch würde eine zentrale Datenbank eingerichtet, in der sämtliche Messergebnisse und Unfälle erfasst werden sollen.

Dieses Konzept solle der Öffentlichkeit durch ein umfangreiche Kampagne vorgestellt werden.

Vorsitzender Diller bedankt sich für den Vortrag.

Beigeordneter Theissen hält dieses Konzept für schlüssig und umsetzungsfähig und sagt Herrn Bruder die Unterstützung der Verwaltung im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten zu.

3. Reduzierung der Anzahl der bauordnungsrechtlich notwendigen Stellplätze im Innenstadtbereich
Vorlage: 051/2005

Herr Bartmann, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, stellt anhand von Folien die vorgesehene Reduzierung der Anzahl der bauordnungsrechtlich notwendigen Stellplätze im Innenstadtbereich vor.

Der Bau- und Verkehrsausschuss empfiehlt anschließend einstimmig:

Beschluss:

Im in der Anlage räumlich abgegrenzten Innenstadtbereich wird die Anzahl der bauordnungsrechtlich notwendigen Stellplätze gemäß Punkt 51.1 der Verwaltungsvorschrift zur Bauordnung NRW um 30 % reduziert.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17
Nein-Stimmen: -
Enthaltungen: -

4. Endausbau Cimbernweg
Vorlage: 068/2005

Ohne Aussprache beschließt der Bau- und Verkehrsausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Cimbernweg wird nach dem mit den Anliegern abgestimmten Ausbaukonzept als verkehrsberuhigter Bereich ausgebaut.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17
Nein-Stimmen: -
Enthaltungen: -

5. Ausbau der Randanlagen Bräuckenstraße
Vorlage: 073/2005

Ohne Aussprache beschließt der Bau- und Verkehrsausschuss:

Beschluss:

Die Randanlagen werden nach dem mit den Anliegern abgestimmten Ausbaukonzept ausgebaut.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17
Nein-Stimmen: -
Enthaltungen: -

**6. Endgültiger Ausbau der Bodelschwinghstraße
Vorlage: 083/2005**

Der Bau- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig:

Beschluss:

Die Bodelschwinghstraße wird entsprechend dem mit den Anliegern abgestimmten Planungskonzept ausgebaut.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17
Nein-Stimmen: -
Enthaltungen: -

7. Antrag der CDU-Fraktion/Erhöhung der eingestellten Mittel beim STL für die Straßenunterhaltung

Nach Vortrag durch Ratsfrau Gabler und anschließender Aussprache sowie vor dem Hintergrund nicht gekläarter Zuständigkeit empfiehlt der Bau- und Verkehrsausschuss einstimmig:

Beschluss:

Der Bau- und Verkehrsausschuss empfiehlt, die im Etat des STL eingestellten Mittel für die Straßenunterhaltung/Instandsetzung in Höhe von 606.000 € um bis zu 150.000 € zu erhöhen, um damit die wichtigsten bzw. schlimmsten Schäden anhand einer von der Verwaltung zu erstellenden Prioritätenliste zu beheben.

8. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Fraktionsräume im neu gestalteten Rathaus

Herr Bodenheimer erläutert kurz den Antrag.

In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass dieser Antrag nicht im Zusammenhang mit dem Antrag der CDU-Fraktion hinsichtlich der Geschäftsräume für den Integrationsbeirat steht und bittet um gesonderte Abstimmung.

Ratsfrau Teipel stellt die Notwendigkeit der Fraktionsräume dar. Auch bezieht sie sich auf eine einstimmige Beschlussfassung hinsichtlich der Einrichtung der Fraktionsräume in der Rats-sitzung vom 21.07.04.

Ratsherr Oettinghaus erkundigt sich bei der Verwaltung, wie die Räumlichkeiten anderweitig genutzt werden könnten, und in welcher Größenordnung die Einsparungen liegen würden.

Erster Beigeordneter Blasweiler teilt hierzu mit, dass bisher aufgrund der kurzfristigen Antragsstellung noch keine neuen Planungen für diese Räumlichkeiten vorlägen. Im übrigen wäre auch noch immer die Frage der zukünftigen Unterbringung des Standesamtes nicht geklärt.

Ratsherr Holzrichter bemängelt, dass die Verwaltung bisher noch kein Raumkonzept entwickelt habe. Weiterhin sei er der Meinung, dass das Standesamt im alten Rathaus verbleiben solle.

Erster Beigeordneter Blasweiler weist darauf hin, dass die Erstellung eines Konzeptes aufgrund der bisher ausgebliebenen abschließenden Entscheidungen u.a. hinsichtlich der endgültigen Unterbringung des Standesamtes schwierig sei. Die seinerzeitige Empfehlung der IAI hätte eine Unterbringung des Standesamtes im Telekomgebäude oder im 1. Obergeschoss des neuen Seitenflügels vorgesehen.

Ratsherr Holzrichter erkundigt sich, bis wann die Verwaltung ein Raumkonzept vorlegen könne.

Erster Beigeordneter Blasweiler teilt hierzu mit, dass eine Erstellung bis zu den Sommerferien 2005 möglich sei, wenn nun kurzfristig die Entscheidungen über die Unterbringung des Standesamtes und der Geschäftsräume für den Integrationsbeirat getroffen würden.

Anschließend lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Bau- und Verkehrsausschuss beschließt, dass auf die vorgesehenen Fraktionsräume im neu gestalteten Rathaus verzichtet wird. Die somit frei werdenden Flächen können von der Verwaltung der Stadt Lüdenscheid anderweitig genutzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	5
Enthaltungen:	-

9. Antrag der CDU-Fraktion/Geschäftsräume im Rathaus für den Integrationsbeirat

Nach kurzer Aussprache wird dieser Antrag bis zur nächsten Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 11.05.05 zurückgestellt.

10. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

10.1. Verfahrensvorschlag für eine einheitliche Plakatwerbung

Herr Rotter, Amt für Bauservice und Bauordnung, berichtet, dass die Plakatwerbung in Lüdenscheid zurzeit durch die Deutschen Städte Medien (DSM) abgewickelt würde.

Über die DSM gebe es insgesamt 90 Plakatstandorte, von denen allerdings im Regelfall nur 20 Stellen von gewerblichen Veranstaltern genutzt würden. Den heimischen Vereinen ständen darüber hinaus jeweils bis zu 50 weitere Standorte gebührenfrei zur Verfügung. Diese Anzahl würde aber für große Veranstaltungen (z.B. Schützenfeste) nicht ausreichen, dies sei auch in Gesprächen mit den Vereinen deutlich geworden.

Die beiden Vorsitzenden der Schützenvereine in Lüdenscheid hätten in einem Gespräch u.a. die zusätzliche Aufstellung von großen Plakatwänden an den Ortseingängen angeregt.

Derzeit würde überlegt, ob für Lüdenscheid nicht ein einheitliches System für Plakatwerbung eingeführt werden könne. Hier würden sich die Plakattafeln aus Aluminium der Fa. Schnelle anbieten, die an festen Standorten aufgestellt werden könnten. Plakatierungen außerhalb dieser Flächen wären dann nicht mehr zulässig. Zusätzlich könnten in den jeweiligen Ortsteilen städtische Tafeln aufgestellt werden, um den kleineren Vereinen weiterhin die Möglichkeit zu geben, ihre Plakate gebührenfrei aufzuhängen. Des Weiteren würde die Idee, große Plakatwände an den Ortseingängen aufzustellen, weiterverfolgt.

Auf Nachfrage teilt Herr Rotter mit, dass die Verwaltung auch heute schon den Veranstaltern, die unerlaubt plakatieren, den Aufwand für die Plakatentfernung in Rechnung stelle. Leider könnten die Verantwortlichen nicht immer ausfindig gemacht werden.

Vorsitzender Diller regt an, den Landesbetrieb Straßenbau um Amtshilfe zu ersuchen, um auch auf den Straßen außerhalb des Stadtgebietes und auf Bundesstraßen der „Wilden Plakatierung“ Einhalt zu gebieten.

11. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

11.1. Bekanntgaben

11.1.1. Ausbau des Stichweges Sachsenstraße

Frau Herrmann, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, gibt bekannt, dass der Stichweg der Sachsenstraße als verkehrsberuhigter Bereich ausgebaut werde.

Der Ausbau erfolge gemäß Bebauungsplan. Die Verkehrsfläche sei mit einer Breite von 4,45m vorgesehen. Ebenfalls sei eine Wendeanlage am Ende der Straße geplant. Die Randanlagen würden mit Tiefborden versehen und auf der östlichen Straßenseite eine Böschung angelegt.

Die Kosten für diese Maßnahme beliefen sich auf rund 66.000 € .

11.1.2. Ausbau der Wehberger Straße

Ebenfalls stellt Frau Herrmann die mit der Interessengemeinschaft Wehberger Straße abgestimmten Ausbauplanungen für die Wehberger Straße vor.

Die Gesamtbreite der Wehberger Straße betrage ca. 12,80 m. Die westliche Straßengrenzungsline wird beibehalten, die östliche verschiebt sich, so dass die Vorgärten entfallen und der Gehweg direkt an den Gebäuden entlang verläuft. Die Gehwegbreite sei jeweils mit 1,75 m sowie mit 1,75 m breiten Parkstreifen auf beiden Seiten vorgesehen. Die Fahrbahnbreite betrage ca. 5,80 m. An den Kreuzungen/Einmündungen sowie an den Bushaltestellen würde die Fahrbahn auf ca. 6,50 m ausgeweitet. Ein Ausbau der Straße erfolge zunächst nur bis zu den Bahngleisen.

Am 14.04.05 fände eine Bürgeranhörung in den Räumlichkeiten des STL statt.

In der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 11.05.05 könne dann eine Beschlussfassung erfolgen.

11.1.3. Einrichtung einer provisorischen Sperrung im Schmidt'schem Kamp

Frau Schubert, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr teilt mit, dass die Straße „Im Schmidt'schen Kamp“ ab Mitte April für den Durchgangsverkehr provisorisch gesperrt würde, wie es im Bau- und Verkehrsausschuss vom 24.11.2004 beschlossen wurde.

Eine Presseinformation erscheine eine Woche vor der geplanten Sperrung.

In der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 24.08.05 würden dann die Auswertungen bzw. Ergebnisse vorgestellt.

11.1.4. Geschwindigkeitsmessungen in der Teutonenstraße

Weiterhin berichtet Frau Schubert, dass zurzeit Geschwindigkeitsmessungen in der Teutonenstraße durchgeführt würden.

Aufgrund der Straßenlänge sei ein erhöhter Messaufwand erforderlich, so dass die Ergebnisse erst in einer der Sitzungen nach den Sommerferien vorgestellt werden können.

11.1.5. Ausbau Römerweg, III. Bauabschnitt

Frau Schubert stellt die Ausbauplanungen für den III. Bauabschnitt des Römerweges vor.

Eine Bürgeranhörung habe am 07.04.05 stattgefunden. Die einzige Änderung gegenüber der ursprünglichen Planungen sei der Wegfall der vorgesehenen LKW-Stellplätze, so dass nun nur noch PKW-Stellplätze geschaffen würden. Die Fahrbahnbreite sei mit 6,50 m und der einseitige Gehweg mit einer Breite von 1,75 m vorgesehen. Die Parkstreifen erhielten eine Breite von 2,00 m und werden durch Pflanzbeete unterbrochen.

Aufgrund der vorhandenen Leitungen können aber nach Abstimmung mit den Versorgungsträgern nicht wie geplant in allen Pflanzbeeten Bäume gepflanzt werden. Die betroffenen Beete werden statt dessen mit Bodendeckern bepflanzt.

11.1.6. Kreisverkehrslösung Römerweg

Herr Hutya, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, stellt die erste Planung eines kleinen Kreisverkehrs Römerweg / Im Wiesental vor, wie es in der vorangegangenen Bürgeranhörung einhellig gefordert worden sei. Durch den Bau eines solchen Kreisverkehrs wären Mehrkosten im sechsstelligen Bereich zu erwarten.

Bis zur nächsten Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 11.05.05 würde die Verwaltung die Kosten ermitteln und diese dem Ausschuss als Entscheidungshilfe vorlegen.

11.1.7. Nachtfahrverbot zwischen Breslauer Straße und Alsenstraße in der Staberger Straße

Auch teilt Herr Hutya mit, dass aufgrund einer Unterschriftenaktion der Anwohner ein Nachtfahrverbot in der Staberger Straße - zwischen Alsenstraße und Breslauer Straße – zunächst versuchsweise - ausgesprochen werden sollte.

Aus der folgenden Diskussion wird deutlich, dass vor allem die Taxifahrer keine Rücksicht auf das Nachtfahrverbot nehmen würden. Vorsitzender Diller bittet die Abteilung für Verkehrslenkung und -planung sich hierzu mit der Taxizentrale in Verbindung zu setzen.

11.1.8. Vorstellung der Planungen Kreisverkehr Claudiusstraße

Herr Hutya stellt die vom Landesbetrieb Straßen NRW zur Verfügung gestellten Planungen zur Errichtung eines Kreisverkehrs an der Anschlussstelle Lüdenscheid-Nord / Claudiusstraße vor. Hierzu teilt er mit, dass die Stadt Lüdenscheid verpflichtet sei, dem Landesbetrieb Straßen NRW die benötigten städtischen Flächen für den Bau dieses Kreisverkehrs kostenfrei zu übertragen.

11.2. Beantwortung von Anfragen

11.2.1. Schneeräumung an der Kluser Schule

In Beantwortung der Anfrage des Sachkundigen Bürgers Oettinghaus in der öffentlichen Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 23.02.2005 trägt Herr Rotter, Amt für Bau-service und Bauordnung, die Stellungnahme der Zentralen Gebäudewirtschaft vor.

Für die Beauftragung der Schneeräumung an städtischen Objekten sei die ZGW zuständig, die damit den STL beauftrage. Der Umfang der Schneeräumung umfasse bei Mietobjekten üblicherweise die Räumung der Gehwege und der Zuwegungen zum Gebäude.

Diese Regelung würde aber der Situation an der Kluser Schule nicht gerecht, so dass zukünftig eine entsprechende Räumung des Parkplatzes durchgeführt würde, die insbesondere die Interessen des Cebeef berücksichtige.

11.2.2. Erweiterung der Linksabbiegespur an der Werdohler Landstraße

Die Anfrage des Ratsherrn Rodehüser in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 23.02.2005 wird von Frau Schubert, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, wie folgt beantwortet.

Die Kreuzung Werdohler Landstraße / Bräuckenstraße läge in der Straßenbaulast des Landesbetrieb Straßenbau NRW. Die Problematik sei dort bekannt. Zur Zeit sei ein entsprechender Ausbau der Abbiegespuren aufgrund der finanziellen Lage jedoch nicht möglich.

11.2.3. Einrichtung Tempo-30-Zone in Piepersloh

In Beantwortung der Anfrage des Rats Herrn Sager in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 24.11.04 stellt Herr Hutya zwei Varianten vor.

Zum einen könne generell eine Tempo-30-Zone im Ortsteil Piepersloh eingerichtet werden und zum anderen bestünde die Möglichkeit, nur für den problematischen Teilbereich eine Einzelbeschilderung mit Tempo-30 einzuführen. Hierfür wäre allerdings die Aufstellung von insgesamt sieben Verkehrsschildern auf einem Teilstück von 350 m erforderlich.

11.2.4. Verkehrsbehinderung durch parkende Fahrzeuge in der Hardenbergstraße/Am Hang

Ratsherr Dudas hat am 10.03.2005 schriftlich mitgeteilt, dass es an der Hardenbergstraße/Am Hang durch parkende Fahrzeuge in Verbindung mit der engen Fahrbahn zu erheblichen Behinderungen für den Begegnungsverkehr komme.

Er bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die Verkehrssituation durch eine Einbahnstraßenregelung (Einfahrt Am Hang / Ausfahrt Hardenbergstraße oder durch die Einzeichnung von Parkflächen, unterbrochen von Sperrstreifen in regelmäßigen Abständen, zu entschärfen sei.

Herr Hutya, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, schlägt vor, zwei Begegnungsstellen einzurichten, um somit die Verkehrsbehinderung durch parkende Fahrzeuge in der Hardenbergstraße / Am Hang zu entkräften.

11.2.5. Erhöhtes Verkehrsaufkommen während der Schulzeiten in der Gustavstraße

Ebenfalls hat Ratsherr Dudas am 10.03.05 schriftlich mitgeteilt, dass während der Schulzeiten, insbesondere morgens und mittags, durch das erhöhte Verkehrsaufkommen der Begegnungsverkehr durch parkende Fahrzeuge und den an- bzw. abfließenden Verkehr in der Gustavstraße behindert wird.

Er fragt an, ob durch das Einzeichnen von Parkflächen mit Sperrstreifen (Ausweichbuchten) in regelmäßigen Abständen eine Entschärfung der Verkehrssituation eintreten könnte.

Herr Hutya teilt hierzu mit, dass der Ausbau der Gustavstraße als Tempo-30-Zone seinerzeit beschlossen worden wäre in Kenntnis der Tatsache, dass es zu den Schulzeiten zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen kommen würde.

11.2.6. Einrichtung Tempo-30-Zone in der Hardenbergstraße/Am Hang

Ratsherr Dudas hat am 10.03.05 schriftlich mitgeteilt, dass im Bereich Hardenbergstraße/Am Hang in den Häusern der Wohnstätten viele Kinder größtenteils im Vorschulalter leben, die zum Teil die Straße als Spielfläche nutzen würden. Durch die unübersichtliche Kurvenlage

und die dort parkenden Fahrzeuge ergäbe sich für die spielenden Kinder eine Gefahr, da bislang für diesen Bereich keine 30-Zonen-Regelung existiere.

Er fragt an, ob die Einführung einer 30-Zone für den Bereich Hardenbergstraße/Am Hang zu einer erhöhten Verkehrssicherheit für die Kinder führen würde.

Herr Hutya beantwortet diese Anfrage mit der Bemerkung, dass sich keine Mehrheit für die Einrichtung einer Tempo-30-Zone in diesem Ausschuss finden würde.

11.3. Anfragen

11.3.1. Reinigung der Wasserschale auf dem Rathausplatz

Ratsherr Oettinghaus berichtet, dass er zufällig gesehen habe, wie ein Mitarbeiter des STL die kleinen Kieselsteine aus dem Pflanzbereich der Platanen in mühsamer Kleinarbeit aus der befüllten Wasserschale entfernt habe, damit diese nicht die Pumpe verstopfen.

Er fragt an, welche Möglichkeiten die Verwaltung zur Abhilfe dieser Situation sähe.

Herr Badziura, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, antwortet, dass zurzeit die Einstellungsarbeiten an der Wasserschale vorgenommen würden. Für den dauerhaften Betrieb seien Installationen vorgesehen, die die Reinigungsarbeiten erleichtern bzw. ein Verstopfen der Pumpe verhindern würden.

11.3.2. Sperrung der Schlachthausstraße von der Herscheider Landstraße aus

Ratsherr Dudas berichtet von der Verkehrssituation an der Schlachthausstraße. Die Straße würde trotz des Durchfahrverbotes als Abkürzung und Umgehungsstraße genutzt.

Er fragt an, ob eine zunächst für ein halbes Jahr begrenzte Sperrung der oberen Schlachthausstraße durch Aufstellen von Pollern möglich sei. Die Anlieger der Schlachthausstraße seien mit dieser Maßnahme einverstanden.

Die Verwaltung wird die Angelegenheit in einem Anhörungsverfahren mit der Kreispolizeibehörde erörtern. Sollte diese zustimmen, wird eine temporäre Sperrung der Schlachthausstraße erfolgen.

11.3.3. Beschilderung "Absolutes Halteverbot während der Straßenreinigungszeiten des STL" in der Gustavstraße

Ratsherr Dudas bemängelt, dass die Beschilderungen "Absolutes Parkverbot zwischen 9.00 Uhr und 11.00 Uhr" (1 x wöchentlich aufgrund der Straßenreinigung) erst nach 100 m beginnen würden. Dies hätte zur Folge, dass am Anfang der Straße ca. 10 Parkplätze auch um diese Uhrzeiten besetzt wären und eine Reinigung nicht erfolgen könnte.

Er fragt an, ob die Haltverbotsschilder nicht bereits am Straßenanfang aufgestellt werden könnten.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

11.3.4. Kreisel an der Herscheider Landstraße - Piepersloh

Ratsherr Dudas stellt anhand von Bildern einen Kreisel aus Menden vor. Dieser Kreisel ist bepflanzt und stadteinwärts mit dem Schild "Herzlich Willkommen in Menden" und stadtauswärts mit dem Schild "Auf Wiedersehen" versehen.

Er fragt an, ob die Möglichkeit besteht, solch ein Schild auch auf den Kreisel an der Herscheider Landstraße - Piepersloh aufzustellen und bittet um eine Kostenermittlung.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

11.3.5. Einrichtung einer Tempo-30-Zone in der Westfalenstraße

Ratsherr Dudas fragt an, aus welchem Grund die Tempo-30-Zone in der Westfalenstraße (ab der Sachsenstraße) aufgehoben worden sei. Diese Maßnahme würde auch durch die Anwohner der Westfalenstraße kritisiert.

Herr Hutya, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, antwortet, dass die Aufhebung der Tempo-30-Zone seinerzeit vom Bau- und Verkehrsausschuss beschlossen worden sei.

11.3.6. Beschilderung "Absolutes Halteverbot während der Straßenreinigungszeiten des STL" in der Handweiserstraße

Sachkundiger Bürger Triffo erkundigt sich, ob die Beschilderung "Absolutes Halteverbot in der Zeit von 9.00 Uhr bis 11.00 Uhr während der Zeiten für die Straßenreinigung durch STL" in der Handweiserstraße nicht entfallen könne, da STL in der Regel erst nach dieser angegebenen Uhrzeit reinigen würde.

Frau Schubert, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, teilt hierzu mit, dass die Handweiserstraße als verkehrsberuhigter Bereich ausgebaut würde und diese Beschilderung entfallen würde.

11.3.7. Versetzung der Preissäule an der Shell-Tankstelle Herscheider Landstraße/Paulmannshöher Straße

Ratsherr Sager fragt an, ob eine Versetzung der Preissäule auf dem Gelände der Shell-Tankstelle an der Herscheider Landstraße möglich sei, um eine bessere Straßeneinsicht für die von dem Tankstellengelände links abbiegenden Verkehrsteilnehmer in die Paulmannshöher Straße zu erreichen.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

11.3.8. Stellplätze am Buschhauser Weg 34

Vorsitzender Diller erkundigt sich, ob es der Tatsache entspricht, dass zwei Stellplätze am Buschhauser Weg 34 durch eine Privatperson aufgehoben worden seien und wenn ja, ob hierfür eine Erlaubnis vorliegt.

Herr Hutya, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, teilt hierzu mit, dass es sich um eine Privatstraße handeln würde. Die Beschilderung "Privatstraße" würde kurzfristig aufgestellt. Insgesamt wären drei Stellplätze entfallen.

Die Verwaltung würde zurzeit prüfen, ob die von der Privatperson aufgebrauchten Markierungen rechtens seien. Ebenfalls stünde die Verwaltung schon in Verhandlungen mit dem Eigentümer.

gez. Diller
Vorsitzender

gez. Marré
Schriftführerin